machungskosten gedeckt wird und daß alle Arbeitseinkommen (der Lohnarbeiter, Angestellten, unteren Beamten) und die Arbeitsvermögen der selbstarbeitenden Kleinbauern, Kleinhandwerker usw. von jeder Belastung befreit werden. Eine umfassende Geschäfts- und Betriebskontrolle ist in diesen Betrieben durch Betriebsräte, Arbeiter und Angestellte auszuüben."

Wir sehen, kein Wort mehr von proletarischer Diktatur, kein Wort mehr von Kommunismus. Das einzige, wozu die KPD. sich noch aufraffen kann, ist die Forderung des Staatskapitalismus, einer Form des Staatskapitalismus noch dazu, die nicht, wie in Rußland, Voraussetzung des Kapitalismus in einem von Kommunisten regierten Staate bedeutet, sondern Verankerung des bürgerlichen Staates im Privatkapitalismus. Das ist bürgerliche Demokratie; ein Standpunkt, der von der SPD. mit Freuden begrüßt wird. Die Schranken zwischen SPD., USP. und KPD. sind gefallen, prinzipielle Unterschiede sind nicht mehr vorhanden, höchstens noch quantuelle. Die Einheitsfront von der KPD. bis zur SPD. ist da. Im Lichte dieser Forderung versteht man auch das Verhalten der KPD. zu einer sozialistischen Regierung. Man lesen jetzt auch verstehen, weshalb die Rote Fahne Lagari auf Befehl der Exekutive der 3. Internationale nicht aus der sozialistischen Partei Italiens austreten durfte, sondern mit den „Verrätern" Serrati und Turati die Einheit der italienischen Partei um jeden Preis aufrechterhalten muß. Man lernt jetzt auch die Einigungstaktik der KPD. verstehen. Es bereitet sich jetzt vor die Wiederherstellung der „einigen, völkerbefreienden Sozialdemokratie". Vielleicht wird schon der 4. Kongreß der 3. Internationale der formelle Liquidationskongreß der geistig bereits jetzt liquidierten 3. Internationale sein!

## Politische Rundschau

### Aktion oder Aktion?

Der Reichsfinanzminister des heiligen Deutschen Reiches mit dem edlen Götternamen Hermes — so hieß im alten Rom der Gott der Kaufleute und der Diebe — hat seinem Publikum im Reichstag gestern vorgerechnet, daß der ordentliche Etat des Reiches nun glücklich den stattlichen Umfang von 114½ Milliarden erreicht habe, die man durch neue riesenhafte Steuern decken müsse. Die Funktion des Deutschen Reiches und seiner göttergleichen Regierung besteht in der politischen Verwaltung und Niederhaltung des deutschen Proletariats. Diese Funktion kostet 114½ Milliarden Mark. Das deutsche Proletariat muß seine eigene Unterdrückung wahrhaftig teuer genug bezahlen, selbst die Gewerkschaften und ihre Sektionen sich zum Schutz der deutschen Republik gegenüber der Arbeiterklasse verpflichtet haben. Herr Hugo Stinnes sichert sich indessen den obersten Platz bei dem großen Auktionsausverkauf des Deutschen Reiches, bei welchem das Vaterland liquidiert werden soll:

„Wie bisher, werden auch in Zukunft, wie der Finanzminister ausdrücklich hervorhebt, die Zuschüsse zu den Staatsbetrieben eine große Rolle spielen. Da ist im Hinblick auf die traurigen Finanzverhältnisse denn doch die Frage am Platze, wie lange sich das Reich noch den Luxus gestatten will, seine unrentablen Staatsbetriebe weiter zu führen und den aufs äußerste gebrechlichen Etat noch weiter mit Zuschüssen für diese Zwecke zu belasten?" („Dtsch. Allg. Ztg." 5. 11. 21.)

Hugo Stinnes scheint sich extra einen Schreib- und Schreibtisch gestellt zu haben, der seinen lieben deutschen Mitbürgern und Mitbürgerinnen fortgesetzt die „Ueberführung der Staatsbetriebe in die Hände des Privatkapitals" in die Ohren zu brüllen hat. Hugo Stinnes ist ein Meister in der Spekulation. Er wird auch auf der Auktion des Deutschen Reiches gut und billig einkaufen, wenn nicht die deutsche Arbeiterklasse dieser Aktion rechtzeitig ihre Aktion entgegensetzt.

## Die Gewerkschaften als Sklavenhalter

Unter der Ueberschrift „Deutsch-französischer Aufbauwille" schreibt der „Vorwärts":

„Paris, 3. November. (E.E.) Ueber den Umfang der deutsch-französischen Abordnung bei Loucheur bringt der „Matin" folgenden Bericht des Sekretärs der französischen Technikervereinigung, Francque: Die Arbeiten werden gemeinsam von der deutschen Organisation der Bauarbeiter und der entsprechenden französischen Organisation ausgeführt werden. Die Arbeiter werden, nach dem Beispiel der Gilden des Mittelalters, zu Gruppen zusammengeschlossen werden. Techniker und Arbeiter werden bei bestimmten Arbeiten eng zusammenwirken. Genaue Zahlen dürfen nicht erzielt werden. Es wird keinerlei andere Beschäftigung als die der gelieferten Arbeit geben. Es herrscht sich für die Franzosen darum, die gelieferten Erzeugnisse in Empfang zu nehmen, nach einem festgesetzten Programm zu arbeiten und späterhin eine gewisse Anzahl deutscher Arbeiter nach Frankreich kommen zu lassen.

Die vorgesehenen Ausgaben sollen 60 Millionen nicht überschreiten. Es sollen 80 öffentliche und Privatschäfer erichtet werden. Durch dieses Beispiel soll bewiesen werden, was erreicht werden kann, wenn zwischen Deutschland und Frankreich Einvernehmen herrscht. Man wird damit auch gleichzeitig zeigen, was eine enge Zusammenarbeit der Arbeiter, wie sie hier in Aussicht genommen ist, leisten kann. Es soll nur an die Arbeiter gedacht werden, nicht, wie bisher, an den politischen Gegner. Alles dies hat auch Loucheur in seinen Ausführungen dargelegt. Er versichert, daß er dieser Aktion in keiner Weise Schwierigkeiten bereiten werde.

Obwohl eine neue Zusammenkunft zwischen Loucheur und Rathenau am Montag in Aussicht genommen werden ist, glauben die Franzosen, nunmehr an die Verwirklichung des Projektes gehen zu können. — Die deutschen Vertreter haben Paris gestern abend verlassen.

„Oeuvre" erfährt hierzu, daß es sich bei den aufzubauenden Ortschaften um eine Gruppe von Dörfern zwischen Chaulnes und Péronne handelt. Zwei dieser Dörfer liegen dicht beieinander, andere verteilen sich auf einen Raum von 50 Kilometern. Im ganzen gab es hier 734 Häuser, die von 3750 Einwohnern bewohnt waren. Hiervon sind nur 1550 in ihre Heimat zurückgekehrt.

Die deutschen Delegierten wurden sehr freundlich empfangen. Auch der Ankunft deutscher Arbeiter sieht man ohne Mißbehagen entgegen. Alle Bewohner sind damit einverstanden, daß ihre Entschädigungsschuldverschreibungen in eine gemeinsame Kasse abgeführt werden sollen. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung soll gegründet werden, in der Deutsche und Franzosen vertreten sein werden. Man nimmt an, daß die 2000 deutschen Arbeiter, auf die man rechnet, zwei Jahre tätig sein werden. Die von Deutschland eingeführten Materialien sollen an Ort und Stelle verarbeitet werden. Beispielsweise sollen 15 Ziegeleien errichtet werden, während bis jetzt dort nur drei in Betrieb waren.

Läßt man das ganze Phrasengeschwimmel den Unternehmern, die ohne Profit arbeiten bestellt, so bleibt nur das eine übrig, daß die deutschen Proletarier, die sowieso die Rolle des internationalen Lohndrückers spielen, dies nun nicht bloß innerhalb ihres Landes tun, sondern zu diesem Zweck auch andere Länder unsicher machen, unter dem Kommando der Gewerkschaften natürlich. Was damit erreicht wird, das zwischen den deutschen und französischen Kapitalisten Einvernehmen herrscht, das werden die Proletarier schon noch erfahren, ansicherend geht es ihnen immer noch zu gut; sonst würden sie massigstens den Hohn merken, der darin liegt, daß man nach mittelalterlichen Methoden mit ihnen umspringt.

## Goldene Worte der Dritten Internationale

Die sogenannte „Hilfsaktion", die nach dem Rezept von Moskau „beiden Zeilen nützt", zeitigt immer schönere Blüten. In der „Kostländischen Arbeiterzeitung" prankt folgender staatsgefährlicher Aufruf:

Betriebsräte!

„Geld Ihr schon an Eure Betriebsleitung herangetreten, daß sie für Eure, von der Belegschaft gesammelten Gelder für Rußland unentbehrliche Waren, Werkzeuge und daß zu vorbilligsten Preise beim Reichskomitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland überlässt?

Folgt den gegebenen Beispielen zahlreicher Betriebsräte!

In den „Elite-Werken" in Reichenbrand hat die Belegschaft für das proletarische Rußland Strickmaschinen herausgearbeitet. Wie haben in Chemnitz Automobilindustrie, Lokomotiven — Werkzeugmaschinen — Schreibmaschinen — Nähmaschinen — alles das kann Rußland brauchen. Das proletarische Rußland kann nur durch die proletarische Solidarität leben.

Werbet auch ihr als Repräsentanten der Arbeiter und Angestellten eine lebendige Kraft in der proletarischen, internationalen Hilfsaktion! Helft dem proletarischen internationalen Rußland der Weltrevolutionsfestung!"

Die internationale Solidarität besteht also nicht darin, daß das Proletariat den Klassenkampf durchführt, sondern darin, daß es den Kapitalisten anbettelt, nach dem bekannten Sprichwort „Mit dem Hute in der Hand." Das neueste Patent ist, wie Figure zeigt, daß auf diese Weise die „internationale Bürgergemeinschaft" errichtet wird.

Zum Schlusse, daß diese Schlauberger nicht früher gehorcht wurden, denn die ganze Theorie von Marx, Engels, Luxemburg usw., ist doch hinfällig und die Proletarier unnötig verwirrt worden. — Doch dies ist nur scheinbar. In Wirklichkeit tritt hier der ungeheure Betrug dieser „Hilfsaktion" zutage, unter diesem Diamantel selbst die Proletarier für den Wiederaufbau gewonnen werden.

Die nächste Parole kann nur die sein: Proletarier, streikt nicht mehr, ihr habt dies nicht nötig, ihr lebt viel besser als eure russischen Genossen. Arbeitet, damit Rußland gerettet wird, denn — das proletarische Rußland kann nur durch proletarische Solidarität leben. —

## Sinkende Arbeitslosenzahl

Im „Allgemeinen Abendblatt" vom 2. November wird eine Arbeitslosenzahlstatistik veröffentlicht. Eine ganz geringe Zahl von Arbeitslosen, natürlich ohne Angehörigen gezählt, wird dort veröffentlicht. Das Blatt, dem die Zahl selbst zu ungebeuerlich erschien, knüpft daran die Frage, wie dieses „Sinken" der Arbeitslosigkeit zustande kommt. Es ist ganz erstaunenswert, wenn man dort liest, daß der Stand der Arbeitslosigkeit im September 1921 um ein Bedeutendes geringer ist, als im gleichen Monat des Jahres 1913, vollständig zu schweigen von den Jahren 1919 und 1920. Die Arbeitslosen des Monats September werden dort auf 238 006 angegeben. Es muß deshalb jeden in Erstaunen setzen, daß bei dieser „geringfügigen" Zahl der Reichskanzler Wirth bei seiner „neuen Autorität" die Arbeitslosenzahl als so außerordentlich wichtig dem Reichstag vor Augen hielt. Wenn man sich jedoch die Frage der Zahl näher besieht, so wird einem der Unterschied klar. Wir, und auch zufälligerweise auch Wirth, sehen die gesamten Arbeitslosen, die „Statistik" aber nur den durch Unterstützung erfaßten Teil ohne die Familien. Wie aber kommt es, daß nur so wenig Arbeitslose Unterstützung erhalten? Nun, wir können es leicht erklären. Vor uns liegen heute Schreiben dieser Zeilen einige Tausend von Schreiben der Deputation für Arbeit und Gewerbe an Antragsteller. In ihnen wird den davon betroffenen Arbeitslosen das Zahlen der Unterstützung verweigert mit verschiedenen Begründungen. Wir werden einige herausgreifen, um das „Sinken" der Arbeitslosenziffer zu erklären. 1. Bei einem Jugendlichen arbeitet der Vater. Es wird darauf hingewiesen, daß dieser ihn mitverhalten soll. 2. Ein Invalide ist nach der neuesten Untersuchung die man ihm angeordnet hat, nicht ganz 33⅓ Prozent erwerbsunfähig und deshalb nicht unterstützungsberechtigt. 3. Ein Arbeiter hat selbst aufgehört, er bekommt deshalb keine Unterstützung. 4. Ein Arbeiter ist durch „eigene Schuld" entlassen, deshalb braucht er nicht zu essen. Und so könnten wir ebenfalls noch Beispiele anführen. Hinzu kommen noch die Tausende und Abertausende, die am 1. August noch nicht am Orte waren, die ebenfalls keine Unterstützung bekommen. Alle diese sind auch nicht in den Statistiken erfaßt. Natürlich ist dann die Zahl geringfügig gegenüber den wahren Verhältnissen, die herrschen, weil die sichtbarsten die erfaßten Arbeitslosen an Zahl übertreffen. Diese Härten und Mängel der Erwerbslosenfürsorge gibt es jetzt zu beseitigen. Einfach auch aber nicht, Arbeitslose schafft die es, so habt ihr noch lange nichts erreicht. Erst die Beseitigung des Systems mit der kapitalistischen Wirtschaft schafft eure Frage aus der Welt.

Darum kämpft nicht nur um berechtigte Forderungen, sondern um die Macht, mit der ihr alles erzeugen könnt. Ohne die politische Macht seid ihr nichts.

## Die neueste Watze der Zellentatiker

In der „Hamburger Volkszeitung", einem „linken" Organ der deutschen Sektion der Moskauer Internationale stand in diesen Tagen zu lesen:

„In allernächster Zeit findet wieder die Wahl von Schöffen und Geschworenen statt. Wir haben selbstverständlich ein großes Interesse daß möglichst viel Proletarier auf der Vorschlagsliste stehen. Es ist deshalb notwendig, daß in jedem Bezirk möglichst viele Genossen sich melden. Die Bezirksbeauftragten wollen eine Liste zusammenstellen und senden sie durch den Bezirksbeauftragten dieses Ortes an die Parteizentrale einreichen."

Wir wundern uns nicht: Rachen die KPD. die Parole der „Demokratisierung der Schöffen" ausgegeben hat, liegt es nur auf derselben Linie, wenn sie jetzt zur Bildung von „Zellen" in der Drgsch-Justiz auffordert. Im übrigen ist es von der „Revolutionierung" der Gewerkschaften bis zur Wahl von „kommunistischen" Schöffen und Geschworenen kein allzu großer Schritt und man braucht wirklich nicht daran zu zweifeln, daß die neukommunistischen Diener der Justiziz ja genau so ihre Pflicht bei der Knebelung des Proletariats erfüllen werden, wie die kommunistischen Friedrichs der Gewerkschaftsbürokratie ihre Hand dazu gegeben haben.

Der Kurs der KPD. wird immer deutlicher. Wie lange noch und die revolutionären Proletarier werden es ertragen, daß die Männer der „Offensiztheorie" von gestern die offenen Handlanger der bürgerlichen Staatsgewalt geworden sind.

## Immer hübsch die Wahrheit sagen

Die VKPD. streut überall entstellte Nachrichten ob der Antwort, die unsere Partei auf die „Erwerbslosenforderungen der KPD." erteilte, aus. Wir lassen den Wortlaut der Antwort hier folgen:

Reichsausschuß der Erwerbslosenräte Deutschlands.

Berlin-Friedenau, den 15. 10. 21.
Wilhelmstr. 12.

An die Zentrale der KPD., Berlin.

Werte Genossen! In der Anlage übersenden wir Euch unsere Forderungen, die auf dem Reichserwerbslosenkongreß, der am 23., 24. und 25. September d. J. in Magdeburg stattfand, mit großer Mehrheit angenommen wurden. Wir bitten, uns innerhalb 8 Tagen Bescheid zukommen zu lassen, ob die Zentrale der KPD. gewillt ist, für diese Forderungen einzutreten.

Mit kommunistischem Gruß

Reichsausschuß der Erwerbslosen Deutschlands.

KPD. Berlin, 22. Oktober 1921.

An den Reichsausschuß der Erwerbslosenräte Deutschlands.
Berlin-Friedenau.

Werte Genossen! Wir erhielten Euer Schreiben vom 15. Oktober, in dem Ihr uns Mitteilungen macht von den Forderungen, die der Reichserwerbslosenkongreß in Magdeburg aufgestellt hat.

Auf Eure Anfrage, ob die Zentrale der KPD. gewillt ist, für die Forderungen einzutreten, erklären wir Euch folgendes:

Wir halten den Inhalt der Forderungen nicht nur für berechtigt, sondern für die Lösung der Erwerbslosenfrage und die Besserung der Lage der Erwerbslosen noch nicht weitgehend genug. Unsere Genossen sind mit Begeisterung bereit, als Partei für diese Forderungen einzutreten. Wir erklären Euch jedoch, daß wir auf Grund der Erfahrungen in der Revolution in Deutschland davon überzeugt sind, daß diese Forderungen, gerichtet an den bürgerlichen Staat, nie und nimmer eine Verwirklichung finden können, sondern Aktionen bleiben müssen, solange der Bourgeoisie mit Hilfe ihres Staatsapparates jederzeit die Möglichkeit bietet, die Erwerbslosenfrage im ganzen und Erwerbslosenunterstützungen im besonderen nach ihrem Willen zu regeln. Wir halten es für notwendig, daß die Erwerbslosen ebenso wie die beschäftigten Arbeiter den Kampf auf die direkte Vernichtung des bürgerlichen Staates fangentrieren, weil wir wissen, daß nur nach Erreichung dieses Ziels, d. h. nach Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, auch für die Erwerbslosen wie für die gesamte Arbeiterklasse überhaupt eine geschickte Lösung gewährleistet ist.

Das Programm und die Wirksamkeit unserer Partei ist bei der proletarischen Revolution mag Euch eine Garantie dafür sein, daß wir Euch in einem solchen Kampfe mit allen Mitteln nicht nur unterstützen, sondern sogar führend vorangehen werden.

Mit kommunistischem Gruß

Beschäftsführender Hauptausschuß der KPD.

## Der Arbeitslosenstreik, seine Ursachen und Ziele

Jede Zeit schafft neue Ausdrucksformen für die Gesellschaft und für die Kämpfe innerhalb derselben. Alles ist in ständiger Bewegung und was heute noch alles lächerlich, unsinnig, unmöglich usw. galt, ist morgen schon Tatsache und eventl. geschichtliche Notwendigkeit. Eine solche rasende und nie erwartete Entwicklung ist auch die Arbeitslosenbewegung gegenwärtig. Wer hätte einen Tag bevor es Tatsache wurde, daß es möglich, daß streikende Arbeitslose geben wird, so, wer hat überhaupt daran gedacht, daß Arbeitslose etwas haben, womit sie ihren Willen manifestieren können? Es klingt fast wie aus dem Munde eines Irrsinnigen, wenn man sagt, die Arbeitslosen streiken! Und doch ist dem so. Wie ist ein Streik bei diesem Teil des Proletariats zu verstehen? So werden fast jeder von diesen Tatsachen Ueberraschte fragen. Genau so wie in den Betrieben bei Lohn-, politischen usw. Streiks die Hauptfunktion des Betriebes, die Produktion stillgelegt wird, so legte man auf den Arbeitsnachweisen die Vermittelung von Arbeit still. Man nahm den Nachweis als Betrieb. Der Gedanke des Nichtvermittelnlassens von Arbeit als Streikwaffe der Arbeitslosen ist geboren aus dem Mangel an anderen Möglichkeiten seinen Willen nachdrücklich auszudrücken. Wie bei jeder neuen Methode heißt es auch hier, die Frage nach dem Wert und die Zweckmäßigkeit dieser Waffe zu stellen. Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir nach die Ursachen und den bisherigen Verlauf dieses neuen Kampfes vor Augen führen.

Schon seit über einem Jahre geht der Kampf Aktionsausschüsse oder Erwerbslosenräte, revolutionäres Handeln aber reformistische Aktenschreiberei. Mit wechselndem Glück wurde dieser Kampf geführt, mobei der Nachweis Wusterhausener Straße das Rückgrat der Aktionsausschüsse bildete und die Nachweise der Gewerkschaften den Erwerbslosenräten die Knochen steiften. Außerdem hatten die KD. die Hilfe des Magistrats, der Gewerkschaften und parlamentarischen Arbeiterparteien. Doch alles half nichts. Langsam aber sicher setzte sich der Gedanke revolutionärer Arbeit mit Aktionsausschüssen als Führung durch. Jetzt sprangen den KD. die Stadträte zur Seite. Es geht nicht, erklärten die „sozialistischen" Stadträte, daß auf den Arbeitsnachweisen Reden gehalten werden, und wer es noch einmal wagt, in den Räumen des Nachweises Versammlungen einzuberufen, der wird vom Nachweis ausgeschlossen. Mit anderen Worten: Aktionsausschüsse verschwinden, somit bekommt ihr keine Arbeit mehr, denn der Unternehmer soll niemand ohne Arbeitsnachweis einstellen. Die Aktionsausschüsse antworteten, wie es sich gehörte. Der Nachweis ist kein Betrieb der Arbeitslosen. In jedem Betrieb sind Betriebsversammlungen zulässig, also auch hier! Als jedoch im Auftrage des Rat der Genosse Pieck die Arbeitslosen über das Gesetz der Arbeitslosenversicherung aufklärte, ihnen in klaren, kurzen Worten zeigte, daß das der Abbau der Erwerbslosenunterstützung ist und diejenigen, welche dann noch Unterstützung erhalten, sie auf Kosten des Proletariats bekommen, und in so dürftiger Weise, daß sie verhungern müssen, wurde er als renitent des Nachweises verwiesen. Der „sozialdemokratische" Stadtrat Pötsch verordnete: Betreten Sie nachmals den Nachweis Wusterhausener Straße, dann werden Sie des Hausfriedensbruches angeklagt. Ebenso erging es dem Genossen Fischmann und drohten mit dem Streik. Inzwischen stiegen die Lebensmittelpreise ins Ungeheure. Die Höhe der Unterstützung blieb die alte. Was schon vorher ein Leben nicht mehr möglich, so wurde jetzt das Begehren jedoch jedoch unerträglichkeit. Sie kamen beschuld zusammen und stellten folgende Forderungen auf:

1. Eine sofort auszuzahlende Entschädigungssumme in Höhe von 1000 Mark für jeden Erwerbslosen ohne Unterschied von Alter und Geschlecht.
2. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, so daß jedem die volle Existenz gesichert ist.
3. Nichteinführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und Beseitigung aller Härten und Mängel im jetzigen Arbeitslosenfürsorgegesetzes. Allen Arbeitslosen, die kein Kapital besitzen, sind Unterstützungen zu zahlen.
4. Rücknahme der Maßregelungen und den Rede verbots.

Und nun begann sofort der Streik. Die Arbeitslosen erklärten, keine Verhandlungen mit dem Magistrat. Er kennt unsere Forderungen und das genügt. Bis sie bewilligt sind, wird keine Arbeit vermittelt. Entgegen den Plänen, die von den Erwerbslosenräten und der „Roten Fahne" verbreitet werden, wird festgestellt, daß niemand die Stempelkontrolle verhindern wollte. Im Gegenteil, die Arbeitslosen forderten ihre Weiterführung. Der Magistrat schloß auf zwei Tage die Nachweise und machte nachher die Stempelung unmöglich, weil er sie abhängig machte von der Annahme von Arbeit.

Nun, es geht auch so. Zu gleicher Zeit besetzte man die Nachweise mit Sipo und Schutzpolizei. Die Erwerbslosenräte. Das alles verschärfte natürlich den Kampf. Von der Wusterhausener Straße ging der Funken aus, durch alle diese Tatsachen ist er jetzt Allgemeinstreik. Seine Ursachen also sind die Lebensunmöglichkeit, die sich durch die Lage der Arbeitslosen ergibt und das Gesetz der Arbeitslosenversicherung, sowie die Maßregelungen zu beseitigen. Die Arbeitslosen kämpfen ohne Illusionen. Sie wissen, daß ihre Lage erst aufhören wird, lebensgefährlich für sie und ihre Angehörigen zu sein, wenn der Kapitalismus durch die proletarische Diktatur überwunden ist. Sie haben ebenso sicher schon erkannt, daß weder Gewerkschaften, noch parlamentarische Parteien ihnen Hilfe bringen können. Es ist der erste Kampf ohne Führer und Genossführte. Die Arbeitslosen kämpfen im Sinne des Mitgliedsbuches, die Arbeiter bestimmend und Mitt. ihren Willen ausführend.

Ihr Ziel sind nicht die Forderungen, sondern der große Kampf des Proletariats um seine Befreiung. Dieser Kampf gilt als ein Vorpostengefecht des großen, wo Arbeiter und Arbeitslose gemeinsam auf den Plan treten werden.

Nachdem wir nun Ursachen und Ziel kennen, wollen wir den Wert und die Zweckmäßigkeit des Streiks feststellen. Zuerst die Zweckmäßigkeit. Da die Arbeitslosen nur eine Möglichkeit haben, ihrem Willen Macht zu verleihen, so ist es natürlich für jeden revolutionären Proletarier selbstverständlich, daß sie dieses Mittels sich bedienen. Darüber kann es keinen Streit geben. Die Zweckmäßigkeit eines Streiks ergibt sich aus der Situation und dem Ziel, unter dem er begonnen wurde. Es braucht wohl niemanden auseinandergesetzt werden, in welcher elenden Lage sich das arbeitslose Proletariat befindet. Die Berechtigung ihres Kampfes und ihres Kampfes ist immer gegeben. Durch die steigenden Preise und das Gesetz über die Versicherung war der Kampf unausschiebbar und dadurch zweckmäßig. Sein Wert rekrutiert sich aus seinen Wirkungen. Wir haben an solchen folgende festzustellen:

1. Der Magistrat, der durch gemachte Statistiken die Erwerbslosigkeit „abbauen" will, ist zur seinen Ruhe gestört und — wie aus verschiedenen Tatsachen festgestellt — kopflos, ängstlich.

2. Er hat allen Grund dazu, weil den Arbeitslosen durch den Streik gezeigt wird, daß sie nicht machtlos, alles essen sind, sondern selbst, lebendige Kraft. In den Arbeitslosen wird neues Kraftgefühl erweckt.

3. Die Arbeiter in den Betrieben werden an ihre Pflicht gemahnt, und die einlaufenden Berichte an den Aktionsausschuß zeigen, daß sie wissen, auch sie müssen kämpfen, solidarisch mit den Arbeitslosen.

4. Und das ist das wichtigste, es wird gezeigt dem bürgerlichen Staat und der gesamten Welt: Hütet euch, hier ist die Macht, die eure Gesetze über den Haufen wirft. Statt Annahme der Zuchthausgesetzes, Kampf dagegen bis aufs äußerste.

Mag der Streik siegreich oder erfolglos verlaufen, das Urteil über ihn muß lauten: Er war das Signal für alle Proletarier, zum Kampf gegen die Zuchthausgesetze! Als solches betrachtet ist sein Wert für das deutsche Proletariat ungeheuer.

## Aus der Partei

Eine von der KPD. und der BO. am 2. November 1921 abgehaltene öffentliche Versammlung im „Kurfürsten" nahm Stellung zu dem angekündigten Zuchthausgesetz unter dem Deckmantel eines Zarisstenschutzgesetzentwurfs. Der von der KPD. anwesende Referent warnte die Versammlung vor dem vom Arbeitsministerium und von den heimlichen und öffentlichen Geburtshelfern der Gewerkschaftsinstanzen konstruierte und vorbereitete Zuchthausgesetz. Es wurde an der Hand von Tatsachen durch Beispiel (Rede Biebermann in Hamburg usw.) und die gesetzliche Tendenz bei diesem Zuchthausgesetz sich zum Bataiantum des Kapitalismus herabgewürdigten Gewerkschaftsinstanzen hingewiesen.

Trotz wiederholter Aufforderung des Versammlungsleiters den den zahlreich anwesenden Gewerkschaftsvertretern kein Zuwort. Zu dem zweiten Punkt wurde durch das Arbeitslosenaktionsausschuß aus dem Arbeitsnachweis Wusterhausener Straße, Genosse B., ein eingehender Bericht erstattet über den Streik der Arbeitslosen. Derselbe brandmarkte in treffender Weise die schofle Stellungnahme verschiedener, insbesondere der VSPD. angehörenden Arbeitslosenräte, sowie die Stellungnahme der Gewerkschaftsinstanzen zu diesem hartnäckigen Kampf. Es wurde besonders auf die hoffnungslose Lage der Arbeitslosen hingewiesen. Des weiteren wurde durch die anwesende Genossin Klosse in packender Weise an die Solidarität des weiblichen Geschlechts appelliert, indem sie darauf hinwies, daß der Kampf der Männer auch für die Befreiung der Frauen eine weittragende Bedeutung hat.

Mehrere arbeitslose Diskussionsredner schlossen sich der Referentin an. Ein arbeitsloser Genosse aus Bankow gab einen Bericht über die Verhandlungen zwischen dem unabhängigen Bürgermeister und den Arbeitslosen in Bankow. Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die reaktionäre Tätigkeit des unabhängigen Bürgermeisters den Arbeitslosen gegenüber brandmarkte.

## Ausland

### Ein Aufruf der spanischen Gewerkschaften

Die „Nationale Arbeiterkonföderation Spaniens" übermittelt folgendes Schreiben zu gunsten der beiden von der Berliner politischen Polizei verhafteten und mit Auslieferung bedrohten spanischen Genossen.

An alle Arbeiter Deutschlands!
An die sozialistischen Parteien Deutschlands!
An alle Gewerkschafter Deutschlands!

Kameraden!

Die spanische Regierung hat durch die deutsche Polizei in Berlin unsere Kameraden Louis-Nicolau und Lucia Iovanina Concepcion verhaften lassen, die unter dem Verdacht stehen, die Urheber des politischen Attentates gegen den spanischen Ministerpräsidenten Dato zu sein. Die spanische Regierung hat sofort eine Forderung auf Auslieferung gestellt, damit sie in Spanien abgeurteilt werden.

Wir, Kameraden, wir sagen mit all unserer Kraft „Nein!" Sie dürfen nicht den spanischen Inquisitoren ausgeliefert werden.

Das deutsche Proletariat, die Menschen mit Herz und Idealen, dürfen es nicht zulassen, daß eine derartige Verletzung des internationalen Asilrechts für proletarische Flüchtlinge von der demokratischen Regierung ausgeübt wird.

Wissen, Kameraden Deutschlands,

daß das organisierte Proletariat Spaniens seit zwei Jahren unter demselben schrecklichen weißen Terror leidet wie das ungarische Proletariat unter dem Horthy-Schrecken.

Seit zwei Jahren werden unsere besten Kämpfer auf der Straße, wenn sie von der Arbeit kommen, systematisch ermordet. Sie werden zu Tausenden eingekerkert, gemartert, in den Gefängnissen und in den Polizeipräsidien gemißt. Unsere Organisationsleiter sind als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt worden, der Besitzer eines Mitgliedsbuches der Organisation wird streng bestraft. Im Laufe eines Jahres sind über 800 Kameraden von der Polizei und der Weißen Garde ermordet worden. Die Kameraden Boal, der Sekretär der Konföderation, und Seliñ, der Kassierer, wurden von der Polizei an den Toren des Gefängnisses ermordet, nachdem man sie vorher schrecklich gemartert hatte.

Wir wissen nicht, ob die verhafteten Kameraden wirklich teilgenommen haben an dem Attentat gegen Dato. Aber selbst wenn sie die Täter gewesen, so muß ihr Akt angesehen werden als politischer Attentat, als Antwort auf die vielen Hunderte und Tausende von Opfern, die von der reaktionären spanischen Regierung und den spanischen Militärs hingemordet sind.

Arbeiter, Brüder in Deutschland!

Fordert die deutsche Regierung auf, daß sie die Kameraden nicht dem Henker und den spanischen Inquisitoren ausliefert.

Helft uns, deutsche Arbeitsbrüder!
Nieder mit der spanischen Reaktion!
Für die Confederation Nacional del Trabajo (Ortsgruppe.
K. Kalandis.

Wir können nicht umhin, bei den spanischen Arbeitern unsere die Illusion zu zerstören, bei denen liegt das Heil der Genossen glauben. Diese bei den Gewerkschaften und ihren Gesetzlangern zu finden. Diese Bruchen stützen revolutionäre Proletarier wie einen Mag Hilfe als „bezeichnenden Verbrechen" zu bezeichnen. Auch [illegible]

## Sozialistische Bewegungen aus der Frühzeit

(Fortsetzung.)

So wurden die Unreinmacher Jawas von den Hindus zu Sudras, der unterste, indischen Kaste, gemacht. Ebenso stand auch die römische Plebs den Patriziern stammesfremd gegenüber, das heißt sie bestand aus den dämtlichen Bewohnern der eingewanderten römischen Bürger, der Patrizier, gesellig festgestellt und geschert worden war, als politisch minderberechtigte Einwanderer in die römische Gemeinde aufgenommen. Innerhalb homogener Volksmassen ist es ausschließlich die Arbeitsteilung, deren differenzierende Wirkung sich in dem Entstehen der Klassen äußert. Je weiter der Differenzierungsprozeß fortschreitet, desto größere Anforderungen stellen sie an die Arbeitskraft Jener, die ihnen obliegen. Diese waren daher nicht einfach imstande, die Früchte ihrer Arbeit und die wehrlosen Stammesgenossen gegen äußere Feinde zu schützen. Es mußte eine Gruppe von Menschen entstehen, die ausschließlich für den Schutz und die Verteidigung der Gemeinschaft, eventuell im Angriffen bereit war, und für die gesamtheit Herbeischaffung unserer Arbeitskräfte bestimmt war, die aber ihrerseits wieder keine Zeit hatte, für den eigenen Unterhalt zu produzieren, die daher von den Arbeitenden unterhalten werden mußte. Der Übergang, der den unvollendeten, den Rätsels der Natur ohnmächtig und unglaubt gegenüberstehenden Willen beherrscht, der die gütigen oder finsteren Dämonen schafft, die er glaubt versöhnen und für sich gewinnen zu müssen, erfreicht bald Vermittler zwischen den Menschen und jenen übermächtigen Gewalten. Es müssen Leute gefunden werden, die Zeit haben, nachgrübeln, die „göttlichen" Kräfte näher zu untersuchen, durch Opfer und Gebete zu milde zu stimmen. Die Pflege und die fördernde, geistige Beschäftigung mit den Dingen, die als die Erscheinungen der Natur und im Menschenleben, auf deren Freiheit Beziehungen und Zusammenhänge sich beziehen, [illegible] Priester zum Ratgeber des Stammes auch in wichtigen, praktischen Dingen. Dem Besitzer der auf Waffengewalt und Körperkraft beruhenden Macht, dem Kriegerstande, trat beschränend und durch seine geistige Ueberlegenheit, der die abergläubische Furcht der Menge vor der überirdischen Gewalt besonders Kraft verlieh, allmählich führend die Priesterschaft zur Seite. Beide Stände produzierten nicht, sondern waren von vornherein auf die von den Bauern zu einem Ganzen vereinigten Menschengruppe wurde, je mehr an Stelle der losen Horde, der auf Verwandschaftsorganisation beruhenden Gens, ein staatliches Gebilde, ein politisches Ganzes trat, desto höheren Anforderungen stellte die Verwaltungstätigkeit, desto mehr unproduktive Kräfte waren notwendig zur Leitung und Ueberwachung des vielfach angestiegenen Baues. Der angeborene Trieb ist in seinen letzten Folgen gar nicht überschreiten Fortschritt der modernen Zeit liegt in eben darin, daß heute bei der bestehenden und noch ständig wachsenden Produktivität unserer Herstellungsmittel der einzelne sein vollen Maß der der Gesellschaft geschuldeten, zu seinem eigenen Unterhalt nötigen Arbeit leisten kann und dabei doch noch genügend Zeit übrig behält, auch der Bemeitung der Gemeinschaft und beim Fortschritte der Kultur sich fähig fühlt, Kräfte zu widmen. Die technische Möglichkeit hierfür ist heute schon gegeben, aber es ist nur eine Folge der noch herrschenden Klassenhaftigkeit der gesellschaftlichen Organisation, aber durchaus keine soziale Notwendigkeit mehr, wenn die in Jahrtausenden vergangener Zeit erforderte Teilung der Klassen auch heute noch fortdauert. Die Verselbständigung der Teilmacht aller an der Verwaltungstätigkeit und an der kulturellen Arbeit ist nur mehr die Herausziehung aller der von der Allgemeinheit geforderten, produktiven Arbeit.

Kulturkreisen des Altertums.

A. Indien.

In Indien wurde an der Schwelle der uns bekannten Zeit (ungefähr 6000 Jahre vor Christus) vom fremden Eroberern ein auf Grund der Stammesverschiedenheit streng in Kasten gegliedertes Staat gegründet. Wie gut der herrschenden Priesterkaste der Brahmanen der Klassenhaß bekannt war, der in den einzelnen Klassen lebendig sein mußte, zeigt die Vorschrift, daß vor Gericht nur Mitglieder der gleichen Kaste für oder gegen einander Zeugnis ablegen durften. Diese äußerste Zuspitzung der Klassengegensätze rief naturgemäß schließlich eine schroffe Reaktion hervor. Es entstand die Lehre Buddhas, der im Jahre 556 v. Chr. die absolute Gleichheit aller Menschen im Verzicht auf alle irdischen Freuden, Genüsse und Besitztümer lehrte. Riesige Volksmassen strömten dem neuen Heiland zu. Das Entstehen des Buddhismus zeigte schon den Verfall des Brahmanismus, und tatsächlich war in relativ kurzer Zeit der brahmanische Staat vernichtet. Staatenbildend hat der reine Buddhismus nie